

Einbürgerung statt Wahlrecht

Integrationsbeauftragter stellt sich kritischen Publikumsfragen

Vom islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen über die doppelte Staatsbürgerschaft bis hin zum kommunalen Wahlrecht für Migranten aus Drittstaaten – Gesprächsbedarf gibt es reichlich, wenn der bayerische Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer nach Erlangen kommt. Auf Einladung des hiesigen Ausländer- und Integrationsbeirats (AIB) stellte sich der CSU-Politiker im VHS-Club International den kritischen Fragen des Publikums.

ERLANGEN (am) – „Demokratie braucht jede Stimme! Kommunales Wahlrecht für alle!“, prangt auf einem Plakat, das AIB-Mitglied Heinz Szabo dem Gast aus Abensberg während der Veranstaltung im Rahmen des Interkulturellen Monats überreicht. Mit einer im September gestarteten Kampagne wollen die Arbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte Bayerns (Agaby) erreichen, dass künftig auch Drittstaatler an den Wahlen mitentscheiden dürfen (*wir berichteten*). Eine derartige Änderung bringe „die Integration nicht unbedingt nach vorne“ und sei mit der geltenden Verfassung nicht vereinbar, hält Neumeyer dagegen. „Ich plädiere für die Einbürgerung.“

Nach einem unterhaltsamen Einwurf des AIB-Vorsitzenden José Luis Ortega (SPD), dass Männer Anfang des 20. Jahrhunderts ebenfalls viele vermeintlich gute Argumente gegen die Einführung des Frauenwahlrechts gefunden hätten, leitet der Moderator und stellvertretende EN-Redaktionsleiter Ralf H. Kohlschreiber zum Thema islamischer Religionsunterricht über, der bereits seit sechs Jahren in Erlangen erfolgreich erprobt wird. „Wir haben vor Ort eine Gemeinschaft aller islamisch Gläubigen



Kommunales Wahlrecht für alle Bürger: Heinz Szabo (2. v. l.) überreichte dem Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer (2. v. r.) ein Plakat mit dieser Forderung. Daneben Bürgermeisterin Elisabeth Preuß und José Luis Ortega, der Vorsitzende des Ausländer- und Integrationsbeirats. Foto: Kohlschreiber

geschaffen“, resümiert Ortega und skizziert ein ähnliches Gremium auf Bundesebene als Ziel. Das Erlanger Modell stand jetzt sogar Pate für ein fünfjähriges Pilotprojekt, an dem sich Schulen aus ganz Bayern beteiligen können.

Unterdessen lenkt Ayhan Yaver von Agaby den Blick auf in Deutschland aufgewachsene Migrantenkinder, die wegen der Wirtschaftskrise keine Arbeit fänden, nicht eingebürgert würden und besondere Unterstützung bräuchten. Bürgermeisterin Elisabeth Preuß (FDP) berichtet daraufhin, dass das ursprünglich auf Spätaussiedler

begrenzte Integrationsprojekt „Sputnik“ mit Hausaufgabenbetreuung und Bildungspaten für andere Nationalitäten geöffnet werde. Neumeyer nennt weitere Programme, etwa „Fit for work“ oder das Berufsintegrationsjahr, die jungen Migranten helfen sollen. Des Weiteren kündigt der Abgeordnete an, einen Integrationsrat zu schaffen, in dem Einzelpersonlichkeiten ebenso wie Verbände vertreten sein sollen.

Weitere Informationen zur Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme!“ gibt es im Internet unter www.demokratie.agaby.de

Erlanger Nachrichten, 1. 10. 2009